

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

Liebe Leserinnen und Leser,



ein weiteres herausforderndes Jahr neigt sich dem Ende. Die Corona-Pandemie hat unser Leben geprägt und verändert. Auch in meiner politischen Arbeit hat kein anderes Thema so viel Raum eingenommen.

Dennoch ging auch die parlamentarische Arbeit weiter – in der es selbst in schwierigen Zeiten immer wieder Lichtblicke gab und gibt.

So gingen zum Schuljahresstart 2021/22 die erste neu genehmigte Gemeinschaftsschule und die erste Oberschule+ in Sachsen an den Start. Ich freue mich, dass sich bereits weitere Schulen auf den Weg machen, dem längeren gemeinsamen Lernen einen Ort zu geben. Ebenso freue ich mich über den Beschluss unseres Koalitionsantrags zur Weiterentwicklung der ganztägigen Bildung und Betreuung.

Der Ausblick auf das neue Jahr ist mit großen Unsicherheiten behaftet. Klar dürfte sein, dass es ein arbeitsreiches Jahr wird. Neben der Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen wird uns im Landtag insbesondere der Doppelhaushalt 2023/24 beschäftigen. Daneben verlangt das Schulgesetz bis zum Sommer 2022 eine Entscheidung hinsichtlich der Zukunft der inklusiven Beschulung. Mehr dazu finden Sie/findet ihr in diesem Newsletter.

Ich wünsche Ihnen/euch besinnliche Weihnachtstage und ein glückliches, gesundes neues Jahr!

Ihre/Eure Christin Melcher

Inhalt:

1. Corona: Aktuelle Regeln, offene Diskussionspunkte und ein Ausblick auf das neue Jahr
2. Antrag: Ganztägige Bildung und Betreuung weiterentwickeln
3. Bericht der Staatsregierung zur Umsetzung der Inklusion und anstehende Entscheidungen
4. Die 2. Regionalisierte Schüler- und Absolventenprognose für den Freistaat Sachsen liegt vor – Was folgt daraus?
5. Veranstaltungsbericht: „Gemeinschaftsschulen für alle!“ am 22. September 2021 in Leipzig

1. Corona: Aktuelle Regeln, offene Diskussionspunkte und ein Ausblick auf das neue Jahr

Das Schuljahr 2021/22 begann unter der klaren Prämisse, dass Kitas und Schulen möglichst im Präsenzbetrieb geöffnet werden und bleiben sollen. So wurde es auch in der Kultusministerkonferenz beschlossen. Dahinter steht der Konsens, dass Kinder und Jugendliche pandemiebedingt bereits große Lasten zu tragen und Einschränkungen zu verkraften hatten. Um ihren Lernerfolg nicht zu gefährden, aber auch um das soziale Miteinander zu fördern, sind offene Kitas und Schulen von zentraler Bedeutung.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

Die Pandemie hat im Herbst enorm an Dynamik gewonnen. Im Oktober haben wir uns deshalb gegen vorschnelle Lockerungen, etwa hinsichtlich der Maskenpflicht im Unterricht, ausgesprochen. Die Entwicklung gibt uns Recht: Im Laufe des Novembers wurde sowohl die sogenannte Vorwarn- als auch die Überlastungsstufe erreicht und überschritten. Von Lockerungen der Schutzmaßnahmen kann derzeit (leider) keine Rede sein.

Zwar hat inzwischen selbst das Überschreiten der Überlastungsstufe keine unmittelbaren Folgen mehr für den Kita- und Schulbetrieb (etwa den landesweiten Übergang zum Wechselmodell), dennoch – und gerade deshalb – ist der Katalog an Schutzmaßnahmen umfangreich. So soll gewährleistet werden, dass die Bildungseinrichtungen trotz hohem Infektionsgeschehen grundsätzlich den Regelbetrieb aufrechterhalten können. Aktuell gelten folgende Maßnahmen:

- Alle an Schule Beteiligten werden drei Mal wöchentlich getestet.
- Kitas, Grund- und Förderschulen laufen im eingeschränkten Regelbetrieb mit festen Gruppen bzw. Klassen.
- Es gilt eine Maskenpflicht in allen Schularten, ab Klassenstufe 5 auch im Unterricht.
- Die Schulbesuchspflicht ist ausgesetzt.
- Es gilt die „Hotspotregelung“. Demnach kann das Kultusministerium bei gehäuften Infektionsgeschehen schulscharfe Schutzmaßnahmen anordnen: von einer erhöhten Testfrequenz über die Anordnung des Wechselunterrichts bis hin zu teilweisen oder vollständigen Schließungen. Bei temporären (Teil-)Schließungen von Kitas oder Schulen der Primarstufe wird eine Notbetreuung eingerichtet. Diese kann für Kinder, deren Eltern in systemrelevanten Bereichen arbeiten, in Anspruch genommen werden. Die Liste der systemrelevanten Bereiche wurde zuletzt erweitert. Mehr Informationen unter gibt es [HIER](#).

Die Impfquote unter Lehrkräften ist mit fast 90 Prozent erfreulich hoch. Inzwischen besteht auch für Kinder zwischen fünf und 12 Jahren die Möglichkeit, sich impfen zu lassen. Bund und Länder haben zudem Fördermöglichkeiten sowohl für fest installierte als auch für mobile Luftfilter geschaffen, die von einer ganzen Reihe Schulträger in Anspruch genommen werden. Dank des Corona-Aufholprogramms stehen nicht nur mehr Mittel für Nachhilfe und unterrichtsergänzende Angebote bereit, sondern auch für Schulassistentenkräfte, Freiwilligendienste und Schulsozialarbeit.

Ob diese Maßnahmen ausreichen, um weiterhin einen möglichst sicheren Kita- und Schulbetrieb zu ermöglichen und gleichzeitig die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche zu lindern, wird immer wieder neu diskutiert und bewertet. Die Abwägung zwischen dem Infektions- und Gesundheitsschutz auf der einen und dem Recht auf Bildung und Teilhabe auf der anderen Seite bleibt die zentrale Aufgabe. Die aktuelle Schul- und Kita-Corona-Verordnung gilt bis zum 09. Januar 2022. Niemand kann garantieren, dass es nicht zu neuerlichen Einschränkungen im Kita- und Schulbetrieb kommt. Es ist nicht absehbar, wie groß der Druck auf Kitas und Schulen noch wird, gerade aufgrund der Ausbreitung der Omikron-Variante. Wir BÜNDNISGRÜNE plädieren mit Blick auf den Schulbeginn im neuen Jahr für eine zumindest zeitlich begrenzte Maskenpflicht im Unterricht an Grundschulen und eine Fortsetzung der aktuell geltenden und bewährten Schutzmaßnahmen.

- [Pressemitteilung](#) „Corona/Schule und Kita: Interessengruppen einbeziehen, mehr Kompetenzen für Schulleitungen, Teststrategie für Kitas nachbessern“ (01.12.2021)
- [Pressemitteilung](#) „Aussetzung Schulbesuchspflicht: Notwendiger und folgerichtiger Schritt“ (19.11.2021)
- [Pressemitteilung](#) „Kita und Schule: Hohe Testfrequenz beibehalten, Schulbesuchspflicht aussetzen“ (16.11.2021)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

- [Pressemitteilung](#) „Corona-Schutz-Verordnung: Vierte Welle erfordert Sorgsamkeit und Prävention“ (15.10.2021)
- [Pressemitteilung](#) „BÜNDNISGRÜNE zum Schulstart: Jede Impfung hilft, Bildung und Teilhabe zu ermöglichen“ (02.09.2021)
- [Pressemitteilung](#) „Corona-Schutz-Verordnung: ControlCovid-Strategie sollte Maßstab bleiben“ (30.08.2021)

2. Antrag: Ganztägige Bildung und Betreuung weiterentwickeln

Nachdem der Bund im September 2021 den Weg für das [Ganztagsförderungsgesetz](#) frei gemacht hat und bis 2026 insgesamt 3,5 Milliarden Euro für die Länder bereitstellen wird, nehmen wir als Koalition den weiteren qualitativen Ausbau der ganztägigen Bildung und Betreuung in Sachsen in den Fokus. Dabei geht es uns vor allem um die bessere Verzahnung von Grundschule und Hort sowie um eine Rhythmisierung des Schulalltags. Im Rahmen des Projekts „Ganztagspiloten“ soll erprobt werden, wie dies gelingen kann. Anreize für eine Rhythmisierung setzen wir außerdem über die Förderung: Statt Mittel für ein Schuljahr auszureichen, wollen wir mehrjährige Pauschalen auszahlen, wenn ein entsprechendes Ganztagschulkonzept vorliegt. In diesem Zuge wollen wir auch den „Qualitätsrahmen Ganztagsangebote (GTA)“ verbindlicher machen. Ich freue mich sehr, dass es wieder eine Servicestelle GTA geben wird. Diese soll interdisziplinär ausgerichtet sein und ein Ganztags-Monitoring begründen. Ein weiterer Baustein zur Qualitätssicherung und -entwicklung ist eine gute, gepflegte und breit aufgestellte Kooperationsdatenbank, damit Angebot und Nachfrage auch zueinander finden. Schließlich brauchen wir Mindeststandards für die Vergütung von externen Fachkräften im GTA-Bereich, damit Ganztagsangebote auch für Angebotsleiterinnen und -leiter attraktiv sind.

Ein entsprechender Antrag der Koalitionsfraktionen zur Weiterentwicklung der ganztägigen Bildung und Betreuung wurde am 21. Dezember vom Sächsischen Landtag beschlossen.

- [Pressemitteilung](#) „Schule/Ganztagsangebote: Bundesmittel für Qualitätsschub nutzen“ (21.12.2021)
- [Antrag](#) der Fraktionen CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD „Ganztägig Bildung und Betreuung weiterentwickeln“ (Drs 7/8363)
- [Meine Rede](#) zum Antrag Drs 7/8363 „Qualitätsentwicklung ist mehr als das Erfüllen von Mindeststandards“ im Plenum am 21.12.2021

3. Bericht der Staatsregierung zur Umsetzung der Inklusion und anstehende Entscheidungen

Im September legte das Kultusministerium, wie im Schulgesetz vorgesehen, seinen Bericht zur Umsetzung der schulischen Inklusion vor. Neben einem umfangreichen Statistikeil widmet sich der Bericht vor allem dem Ausbaustand der Kooperationsverbünde sowie den Erfahrungen der Pilotgrundschulen, die seit dem Schuljahr 2019/20 auf die Eingangsdiagnostik in den Förderschwerpunkten Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung verzichten. Das Fazit ist, zumindest für die Pilotphase, ernüchternd: „Die Erfahrungen [...] zeigen insgesamt, dass eine flächendeckende Übertragung weder fachlich, noch personell und auch nicht finanziell verantwortet werden kann.“ Die Pilotphase soll deshalb bis Ende des Schuljahres 2022/23 ausschließlich an den Pilotgrundschulen fortgesetzt werden.

Laut Schulgesetz muss der Landtag bis Juni 2022 entscheiden, ob die Pilotphase verlängert und die Regelung auf alle Grundschulen ausgeweitet wird – wie es derzeit im Schulgesetz mit Übergangsbestimmungen vorgesehen ist – oder ob das Schulgesetz entsprechend geändert wird. Der Bericht war am 10. Dezember Gegenstand einer Anhörung im Ausschuss für Schule und Bildung. Eine

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

Schulgesetzänderung zeichnet sich ab – zu diskutieren sind jedoch Art und Umgang der Änderungen. Uns BÜNDNISGRÜNEN ist es wichtig, dass der durch die Pilotphase begonnene Lernprozess nicht einfach ausläuft. Außerdem brauchen wir aus unserer Sicht mehr individuelle Förderung für alle Schülerinnen und Schüler sowie mehr Kompetenz im Umgang mit Heterogenität in allen Schularten. Der Verzicht auf eine Feststellungsdiagnostik und die inklusive Unterrichtung müssen zwingend mit zusätzlichen Ressourcen verknüpft werden. Auch brauchen wir mehr sonderpädagogisches Know-how in allen Lehrämtern, etwa im Bereich Diagnostik. Uns ist es ein Anliegen, flächendeckend die notwendigen organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen für inklusiven Unterricht zu schaffen, um eine wohnortnahe, inklusive Unterrichtung in allen Förderschwerpunkten zu ermöglichen.

- [Pressemitteilung](#) „Inklusion – BÜNDNISGRÜNE werben für mehr individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler“ (10.12.2021)
- [Bericht](#) Umsetzung Inklusion (Drs 7/7714)

4. Die 2. Regionalisierte Schüler- und Absolventenprognose für den Freistaat Sachsen liegt vor – was folgt daraus?

Im Herbst hat das Statistische Landesamt die 2. Regionalisierte Schüler- und Absolventenprognose für den Freistaat Sachsen vorgelegt. Die wichtigsten Erkenntnisse lauten:

- Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird voraussichtlich bis zum Schuljahr 2027/28 weiter steigen. Im Vergleich zum Schuljahr 2020/21 werden dann zwischen acht und zehn Prozent mehr Kinder und Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen besuchen. Nach dem Schuljahr 2027/28 werden die Schülerzahlen voraussichtlich sinken, jedoch kaum unter das Niveau des Schuljahres 2020/21.
- Es gibt ein enormes Stadt-Land-Gefälle und große Unterschiede zwischen den Schularten. Die Stadt Leipzig hat den größten Anstieg zu verzeichnen. Im Schuljahr 2035/26 werden 23 bis 30 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler an Leipziger Schulen sein als im Schuljahr 2020/21. Dagegen sinken die Schülerzahlen im Erzgebirge deutlich. Bis zum Schuljahr 2035/36 werden zwischen 15 und 19 Prozent weniger Schülerinnen und Schüler erwartet. Während an den sächsischen Grundschulen ab dem Schuljahr 2025/26 mit einem Rückgang der Schülerzahlen gerechnet wird, steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen, insbesondere an Gymnasien und an freien Waldorfschulen, deutlich an.

Diese Schülerzahl-Prognose ist äußerst wichtig für weitere Planungen und Prozesse. So bildet sie insbesondere die Grundlage für die Lehrerbedarfsprognose und die Schulnetzplanung der Landkreise und kreisfreien Städte. Aus BÜNDNISGRÜNER Sicht sind folgende Schlüsse zu ziehen:

- Wenn mehr Schülerinnen und Schüler sächsische Schulen besuchen, müssen auch mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Wir brauchen mehr Lehrkräfte, um nicht nur die Altersabgänge ersetzen, sondern auf steigende Schülerzahlen reagieren zu können. Außerdem haben wir unverändert zum Ziel, wie im Koalitionsvertrag festgehalten, noch in dieser Legislaturperiode den Ergänzungsbereich wieder vollumfänglich abzusichern.
- Das Stadt-Land-Gefälle bei der Schülerzahl-Entwicklung erfordert differenzierte Antworten. Äußere und innere Schulentwicklung müssen zusammengedacht werden. Wir plädieren für mehr jahrgangsübergreifenden Unterricht und längeres gemeinsames Lernen an Oberschulen+ zur Sicherung des Schulnetzes. Gleichzeitig brauchen insbesondere die kreisfreien Städte auch künftig Unterstützung seitens des Freistaates, um die notwendigen Schulkapazitäten vorhalten zu können.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

- Im Doppelhaushalt 2023/24 muss mehr Geld für Bildung bereitgestellt werden. Wir brauchen mehr Personal und – wenn auch nicht flächendeckend – Neu- und Erweiterungsbauten von Schulgebäuden.
- [Meine Rede](#) in der Ersten Aktuellen Debatte auf Antrag der Fraktion SPD zum Thema „Langfristig planen, vorausschauend handeln: Schlussfolgerungen aus der 2. Schüler- und Absolventenprognose für den Freistaat Sachsen“ im Plenum am 18.11.2021

5. **Veranstaltungsbericht: „Gemeinschaftsschulen für alle!“ am 22. September 2021 in Leipzig**

Seit August 2020 sind die Gemeinschaftsschule und die Oberschule+ als neue Schulformen im sächsischen Schulgesetz verankert. Seit dem Schuljahresbeginn 2021/22 liegt nun auch die entsprechende Schulordnung vor. Die ersten Schulen haben sich bereits auf den Weg gemacht, Gemeinschaftsschule oder Oberschule+ zu werden.

Am 22. September 2021 gab es auf Einladung der BÜNDNISGRÜNEN Landtagsfraktion eine Podiumsdebatte zum Thema „Gemeinschaftsschulen für alle!“ im Leipziger GRÜNEN Quartier. Leipzigs Bürgermeisterin für Schule, Jugend und Demokratie Vicki Felthaus, Professorin Dr. Gerlind Große, eine der Mitbegründerinnen der Leipziger Modellschule (LEMO), sowie zwei Lehrerinnen der Primarstufe und des Gymnasiums diskutierten über die Vorteile des längeren gemeinsamen Lernens, die Bedeutung der Schulträgerschaft und über notwendige Entwicklungsprozesse.

Einen ausführlichen Veranstaltungsbericht können Sie/können ihr [HIER](#) auf der Homepage der BÜNDNISGRÜNEN Landtagsfraktion nachlesen. Da die Veranstaltung auch live auf der Facebookseite und dem YouTube-Kanal der Fraktion gestreamt wurde, finden Sie/findet ihr [HIER](#) und [HIER](#) eine Aufzeichnung der Debatte.

- Schulordnung Gemeinschaftsschulen – [SOGES](#) vom 22.06.2021

SAVE THE DATE:

Am Donnerstag, den 31. März 2021 um 19 Uhr wird eine weitere Veranstaltung zum gleichen Thema im Steinhaus in Bautzen stattfinden. Es ist erneut eine hybride Veranstaltung geplant, mit Präsenz-Option vor Ort und einem Livestream. Nähere Infos folgen zeitnah auf der Homepage der Fraktion.

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Christin Melcher
bildungspolitische Sprecherin
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Telefon: 0351 / 493 48 03
Telefax: 0351 / 493 48 21
christin.melcher@slt.sachsen.de
www.christinmelcher.de

V.i.S.d.P.: Christin Melcher

Abonnement und Abbestellung des Newsletters
unter:
nancy.biermann@slt.sachsen.de

Nancy Biermann
Parlamentarische Beraterin für Bildung
Telefon: 0351 / 493 48 31
Telefax: 0351 / 493 48 09
nancy.biermann@slt.sachsen.de